

Klaus Seidel



Direkte Demokratie  
in der innerparteilichen  
Willensbildung



**PETER LANG**  
Europäischer Verlag der Wissenschaften

# Inhaltsübersicht

<b>Erster Teil: Einleitung</b>	15
A. Neuere Entwicklungen in der innerparteilichen Willensbildung	15
B. Problemstellung	20
C. Normative Grundlagen	22
D. Gang der Untersuchung	23
<b>Zweiter Teil: Das verfassungsrechtliche Gebot der innerparteilichen Demokratie</b>	28
A. Funktion der Parteien und innerparteiliches Demokratiegebot	28
I. Verfassungsrechtlicher Status	28
II. Aufgaben der Parteien	29
III. Zweck des Demokratiegebots	31
B. Innere Ordnung der Parteien	33
C. Demokratische Grundsätze	35
I. Problemstellung	35
II. Entstehungsgeschichte	36
1. Die Verfassung des Landes Baden	36
2. Die Beratungen des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee	37
3. Die Entwicklung im Parlamentarischen Rat	40
4. Bewertung der Verfassungsdiskussion	43
III. Einzelaspekte innerparteilicher Demokratie	44
IV. Ausformung des Demokratieprinzips im Bund und in den Ländern	47
1. Volksherrschaft auf Bundesebene	47
2. Volkssouveränität im Landesverfassungsrecht	60
3. Demokratie und kommunale Gebietskörperschaften	67

4. Reformdiskussion auf Bundesebene	70
V. Demokratiegrundsätze in den Parteien	73
1. Herkunft der Demokratieprinzipien	73
2. Demokratieprinzip des Grundgesetzes	75
a) Demokratiebekenntnis und Volkssouveränität	75
b) Verhältnis zwischen unmittelbarer und mittelbarer Demokratie	78
3. Demokratische Grundsätze im Sinne des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG	89
<b>Dritter Teil: Die Beteiligung der Parteimitglieder an der „allgemeinen“ innerparteilichen Willensbildung</b>	93
A. Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Parteivolkes nach dem Parteiengesetz	93
I. Parteiengesetz und bürgerliches Vereinsrecht	93
II. Willensbildungsorgane und das Verhältnis zu den Sonder- und Nebenorganisationen der Parteien	94
1. Allgemeine Parteiorganisation und föderale Gliederung	94
2. Sonder- und Nebenorganisationen	95
III. Mitglieder- und Vertreterversammlung	98
1. Bedeutung der Parteiversammlungen	98
2. Mitgliederversammlung	100
3. Ersetzung der Mitgliederversammlung	101
4. Bildung und Zusammensetzung der Vertreterversammlung	104
5. Tagungen der Parteiversammlungen	106
B. Möglichkeiten und Grenzen der Einführung plebiszitärer Mitwirkungsrechte im Rahmen des geltenden Parteienrechts	108
I. Kompetenzverteilung im Parteiengesetz	108
1. Zuständigkeiten der Parteiversammlung	108
a) Parteiengesetz und Bürgerliches Gesetzbuch	108
b) Überblick über die Zuständigkeiten	109

c) Parteiprogramm	109
d) Besetzung der Parteiämter (Wahlfunktion und Satzungsregelung)	110
e) Regelungskompetenzen	117
f) Einzelmaßnahmen	122
g) Der Einfluß der Parteiversammlungen auf die Grundlinien der Politik	123
h) Zuständigkeitsvermutung für die Parteiversammlungen	124
i) Bewertung der Parteiversammlungszuständigkeiten	125
2. Die Aufgaben des Vorstandes, des Präsidiums und der allgemeinen Parteiausschüsse	127
a) Vorstand	127
b) Geschäftsführender Vorstand (Präsidium)	128
c) Allgemeine Parteiausschüsse	129
II. Satzungsrechtlicher Spielraum des Parteiengesetzes	130
1. Plebiszitäre Willensbildung und rechtliche Rahmenbedingungen	130
a) Unmittelbare Mitgliedermitwirkung nach dem Parteiengesetz	130
b) Grundgesetz und Parteiengesetz	130
2. Kompetenzordnung des Parteiengesetzes und Satzungsautonomie	142
III. Plebiszitäre Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte des Parteivolkes im Rahmen des Parteiengesetzes	145
1. Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheid	145
2. Einspruchsbegehren und Einspruchsentscheid	147
3. Mitgliederinitiative	148
4. Mitgliederbefragung	148
5. Direkt-demokratische Parteientscheidungen und staatliche Kompetenzstrukturen	154

C.	Verfassungspolitische Zweckmäßigkeit der direkt-demokratischen innerparteilichen Willensbildung	155
I.	Einzelne Problembereiche des demokratischen Parteienstaats der Gegenwart	155
1.	Parteien und Wahlverhalten der Bürger	155
2.	Mitgliederentwicklung in den Parteien	164
3.	Parteien- und Politikerverdrossenheit	166
II.	Parteifunktionen im demokratischen Staat und unmittelbare Mitgliedermitwirkung	172
D.	Änderung des Parteiengesetzes	180
I.	Abbau der einfach-gesetzlichen Beschränkungen der Parteiautonomie	180
1.	Verfassungsgebot der innerparteilichen Demokratie und Ausgestaltungen des Parteiengesetzgebers	180
2.	Besetzung von Parteiämtern (Urwahl)	182
3.	Entscheidung von Sachfragen (Urabstimmung)	183
II.	Parteiengesetz und Stärkung der innerparteilichen Demokratie	183
 <b>Vierter Teil: Die Entscheidung der Parteien über die Nominierung von Kandidaten für die Wahlen zum Deutschen Bundestag</b>		185
A.	Die Aufstellung von Wahlbewerbern durch die Parteien	185
I.	Bundestagswahlen und Parteien	185
II.	Das Nominierungsverfahren für Parteibewerber nach dem Bundeswahlgesetz	191
1.	Vorbemerkung	191
2.	Bewerberaufstellung in Parteiversammlungen	193
a)	Normierung im Bundeswahlgesetz	193
b)	Problembereiche des Nominierungsverfahrens	197
3.	Einspruchsrecht gegenüber Aufstellungsentscheidungen	201
a)	Rechtliche Ausgestaltung	201
b)	Problematik des Einspruchsrechts	203

B. Satzungsrechtlicher Demokratisierungsspielraum des Bundeswahlgesetzes bei der Nominierung von Parteibewerbern	204
I. Urwahl der Parteibewerber	205
II. Kandidatenvorschlagsrecht der Gesamtheit der Parteimitglieder	206
III. Beteiligung parteiungebundener Wahlberechtigter	208
IV. Einspruch der „Parteibasis“	209
C. Änderung des Bundeswahlgesetzes	210
I. Beratungen in der Gemeinsamen Verfassungskommission	210
II. Beteiligung aller Wahlberechtigten	212
1. Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Entscheidung über das „Parlamentspersonal“	212
2. Beibehaltung des Parteimitgliedergrundsatzes	215
III. Ausgestaltung der gesetzlichen Aufstellungsregelungen als „Grundmodell“	220
IV. Gesetzliche Öffnungsklausel für weitergehende Demokratisierungskonzepte	222
V. Einspruchsrecht	225
<b>Zusammenfassung</b>	226
<b>Thesen</b>	242
<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	249